



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 215 31-33

Fernschreiber 039 890

P/IX/40 - 17.2.54

Hinweise
auf den Inhalt:

Ein langer und steiniger Weg	S. 1
Rücktrittsgerüchte um Churchill	S. 3
Zu Publikationen des Bundespresseamtes	S. 5
Zwei Frauen-Porträts	S. 6
Mörderische Folgen des zweiten Weltkrieges	S. 8

"Genugtuung" und "Erfolg"

(sp) Die Konferenz ist so gut wie zu Ende. Auf allen Seiten beherrscht seit Tagen die Ansicht das Feld, einen guten Abgang zu haben. Wieder tritt damit, und in diesem Falle besonders betont, die Rücksichtnahme auf das propagandistische Bedürfnis hervor, das in der ganzen Konferenz so störend und hemmend gewirkt hat. Man wird, wenn die Außenminister abgereist sind und die Communiqués vorliegen, den Ablauf der Konferenz noch einmal sorgfältig analysieren müssen, um zu den richtigen Schlussfolgerungen zu kommen. So weit ist es im Augenblick noch nicht, wenn sich auch in der Sache schon ein ziemlich klares, freilich unerfreuliches Bild abzeichnet.

Unerfreulich ist auch ein anderer Umstand. Dieser Tage überschrieben die "Times" eine kurze Betrachtung zur Lage mit den Worten: "Bonns negative satisfaction", zu deutsch: Bonns, das heißt der Bonner Regierung, negative Genugtuung. Der Bericht stammte aus Bonn, dessen "Times"-Korrespondent über die Stimmung der Bundesregierung gut unterrichtet zu sein scheint. Wo kann es in dieser Situation, so fragt man sich, Genugtuung geben, wenn nicht die, daß die Konferenz zweifellos nicht mit einem Eklat und einer für die Zukunft hoffnungslosen Situation enden wird? Aber gerade diese Ursache, das geht aus dem Bericht klar hervor, ist es nicht, die die regierungsamtliche Genugtuung ausgelöst hat,

sondern die intransigente Haltung der Sowjetrussen, welche die pessimistische Einschätzung der Konferenzchance durch die Bundesregierung bestätigt haben.

Dies jedenfalls ist der Sinn der Bemerkungen in der "Times", die aber selbst an einem anderen Tage den Satz niedergeschrieben hat:

"Das wörtliche Programm ist im wesentlichen dasselbe für ein vereintes oder für ein gespaltenes Deutschland" und die hinzugefügte,

"es sei deutlich geworden wie noch nie, daß beide Partner, der Westen und die Sowjetunion, Pläne für die europäische Sicherheit haben, in deren Rahmen zwar ein vereinigtes Deutschland errichtet werden kann, für die die Wiedervereinigung aber nicht wesentlich ist".

Das ist eine besonders angesehene unter zahlreichen ähnlichen Stimmen, die erkennen lassen, daß die Neigung, bei den Verhandlungen zuerst und vor allem an die deutsche Wiedervereinigung zu denken und darauf hinzuwirken, nicht nur bei den Sowjets sehr gering gewesen ist und daß es der beherrschende Gedanke der westlichen, insbesondere der amerikanischen Verhandlungsführung war, die eigene Wunschvorstellung von der Lösung der Deutschlandfrage ohne Abstriche durchzusetzen. Soll man überall das Genugtuung empfinden? Die Regierung in Bonn tut es offenbar.

Es war schon bezeichnend, welche schlecht verhüllte Hochstimmung im Quartier der bundesamtlichen Beobachter-Delegation herrschte, als mit den Molotow-Vorschlägen über ein europäisches Sicherheitssystem die Konferenz zum erstenmal in eine Krise geriet.

Es entspricht der gleichen Haltung, wenn in diesen Tagen Journalisten, auch ausländische, die der Politik des Kanzlers sehr wohlwollen, die Frage stellen, ob man denn noch immer nicht den Erfolg des Kanzlers sehe? Sie fußen damit zugegebenermaßen auf der Annahme eines Mißerfolges der Konferenz und dieser Mißerfolg der Konferenz - wobei in diesem Augenblick nicht mehr untersucht werden soll, wie groß er ist und wie weit er wirken wird - besteht für alle Deutschen doch zunächst einmal in der andauernden Spaltung Deutschlands. Ein "Erfolg" des Kanzlers soll das nach dem Urteil mancher seiner Freunde und Anhänger sein? Vor dieser Seite ist das zumindest eine interessante Feststellung, die man sich nicht merken müssen.

Die Folgerungen, die die Bundesregierung aus dem Ergebnis der Viermächte-Konferenz zu ziehen beabsichtigt, sind nach allem was man hört, klar: Verstärktes Drängen auf die militärische Westintegration der

Bundesrepublik mit allen sich daraus ergebenden Weiterungen. Diese Politik wird nicht gut sein, es sei denn, man begräbt die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung der zwischen West und Ost bestehenden Meinungsverschiedenheiten in der Deutschlandfrage endgültig. Dazu aber besteht bei aller Unzulänglichkeit des in Berlin Erreichten nicht der geringste Grund. Es gibt nun einmal praktisch keine Alternative zum Prinzip des unentwegten Verhandeln und das Ergebnis dieser Verhandlungen wird nicht sein können, daß die eine der beiden Seiten nur ihren Standpunkt durchsetzt. Beim ersten Anlauf ist der Versuch in dieser Hinsicht gescheitert. Das vorrangliche Interesse wendet sich nun erst einmal bei den vier Verhandlungspartnern anderen Fragen zu, auch wenn in irgendeiner Form die Fäden des Deutschlandgesprächs fortgeknüpft werden sollten und zwar zunächst in Richtung auf die sogenannte kleine Lösung, das heißt wirtschaftliche und verkehrsmäßige Erleichterungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands.

Vor allem aber muß man festhalten: Die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands kann nur im größeren Rahmen der internationalen Entspannungen überhaupt gesehen werden, so bitter das für Deutschland und insbesondere für die Sowjetzone sein mag, denn dieser Weg wird lang und steinig sein. Aber niemand bestreitet, daß die Konferenz in diesem Punkt ein Ja zur internationalen Entspannung und damit einen Schritt vorwärts gebracht hat. Jede Politik, die dieser Tatsache nicht Rechnung trägt, wäre verhängnisvoll.

+ + +

Münchener Grottesko

Der Berliner "Tag", der dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen nahesteht, kam in seiner Ausgabe vom 16.2. noch einmal auf die viel besprochene Faschingsausgabe der "Süddeutschen Zeitung" mit der Karikatur des Bundeskanzlers zu sprechen, der sich sichtlich hoch erfreut zeigte, als er am Telefon die Nachricht erhielt, die Wiedervereinigung Deutschlands sei nicht zu befürchten.

"Der Tag" schreibt dazu, es gebe in München reizende Geschichten auch außerhalb der verrückten Zeit. In der Zeitung, die sich "Bayerische Staatszeitung" nennt, war im Januar, wie wir der "Deutschen Zeitung" entnehmen, folgendes zu lesen:

"Es sieht fast so aus, als stehe das deutsche Volk vor der Alternative, entweder in einem preußischen oder in gar keinem Staate zu leben, eine Wahl, die gleichbedeutend ist mit der Aufgabe des nationalen Daseins. Im Hinblick auf diesen tragischen Sachverhalt ist es verständlich, wenn heute deutsche Patrioten in der Demarkationslinie ein politisches Aktivum erblicken und zur Revision dieses Standpunktes erst dann bereit wären, wenn es eine Bürgschaft dafür gibt, daß das vereinigte Deutschland kein wiedererstandenes Preußen wird..."

Warum eigentlich, so fragt "Der Tag", schweift die Münchener "Süddeutsche Zeitung" so böswillig in die Ferne, wenn die Münchener "Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger" mit einer derart grottesken Auffassung ihr so nahe liegt?

+ + +

Tritt Churchill zurück ?

F.S. - London

Kurz vor Weihnachten wiederholte Sir Winston Churchill vor einer Anzahl konservativer Abgeordneter seine schon auf dem Parteitag der Tories gegebene Erklärung, daß er den geeigneten Zeitpunkt seines Rücktritts selbst bestimmen werde. Vor wenigen Tagen bezeichnete er eine Rede des konservativen Abgeordneten Osborne, der das baldige Ende der politischen Laufbahn Churchills voraussagte, als eine "delusion", eine Volabel, die das deutsche Wörterbuch mit "Täuschung, Verblendung, Irrtum, Wahn, Trug" übersetzt. Es ist nicht ersichtlich, mit welchem dieser Ausdrücke Sir Winston seinen Parteifreund belegte; hätte er lediglich einen "Irrtum" feststellen wollen, wäre die Benutzung eines anderen Wortes eindeutiger gewesen. Klar ist aber, daß Churchill nicht nur seinem Fraktionskollegen Osborne, sondern auch alle die Tories meinte, die das flüstern, was dieser offen aussprach: Churchill ist zu alt, um noch viel länger Premier zu bleiben.

Zwei große Vorgänger Sir Winstons, die Ministerpräsidenten Palmerston und Gladstone, haben erst nach Überschreitung des 80. Jahres den Höhepunkt ihrer politischen Karriere erreicht. Vielleicht ist Churchill nicht so robust wie Gladstone, der in hohem Alter von einem Ochsen umgewissen wurde, zu Tisch ging und dann nur nebenbei diesen Unfall erwähnte; vielleicht auch zehrt die heutige Zeit stärker an den körperlichen und geistigen Kräften eines Mannes, der seit einem halben Jahrhundert im Vordergrund der politischen Arena steht und - ebenso wie Atlee - seit 1939 ununterbrochen als Premierminister oder Oppositionsführer die Geschicke eines Landes bestimmt, das um seine politische und wirtschaftliche Existenz ringt.

Es sei dahingestellt, ob Sir Winstons Abgang nach Rückkehr der Königin erfolgt, ob er ihn erst nach der Regelung wesentlicher außenpolitischer Fragen erklärt oder aber bis Ende der jetzigen Wahlperiode durchhält. In jedem Falle entsteht für die Tories schon jetzt die Frage der Nachfolgerschaft. Churchills Wahl fällt zweifellos auf seinen Stellvertreter und Außenminister Eden, für den sich jedoch das Parteihaus nicht erwärmt, das Schatzkanzler Butler lanciert. Keiner von beiden könnte jedoch die Popularität und Autorität in Anspruch nehmen, die Sir Winston immer noch besitzt, keiner von ihnen verfügte über die

Dynamik, Initiative und Härte Churchills, der für die Konservativen schwerer als Ministerpräsident und gar nicht als Parteiführer zu ersetzen ist. Ebenso schwer würde es den Konservativen fallen, einen Nachfolger für Eden zu finden, wenn dieser das Außenamt aufgibt, für das der Wohnungsbauminister Harold Macmillan genannt wird, nachdem Sir Walter Monckton als Arbeitsminister auch in einem neuen Kabinett unentbehrlich ist. Es wird für Churchill eine seiner letzten und schwierigsten Aufgaben sein, ein Kabinett zu bilden, das Großbritannien mit der Commonwealth zusammenhält, und eine Parteiführung zu hinterlassen, die tiefgehende Risse innerhalb des Parteiapparates wenn auch nicht heilt, so doch aber weniger fühlbar macht.

Selbst wenn Sir Winston nicht vor 1956 zurücktreten sollte oder ein neuer Premier nicht früher Neuwahlen ansetzte, müssen die Tories sehr bald mit einer verschärften Opposition rechnen, die sie nicht nur im Parlament verspüren werden. Die Halbzeit dieser Regierung ist fest abgelaufen, und die Labour Party wird nicht bis zur letzten Minute auf einen Wahlkampf warten, der jederzeit einsetzen kann. Zweifellos sind die Differenzen zwischen beiden Parteien in manchen Sektoren der Außenpolitik überbrückbar. Um so weniger sind sie es in der Kolonial-, Innen- und Wirtschaftspolitik. Die jetzt im Vordergrund stehenden Lohnbewegungen mögen nur der Anfang von Auseinandersetzungen sein, die Partei und Gewerkschaften gemeinsam der Regierung aufzwingen werden.

Zweifellos besteht auch innerhalb Labours eine Verschiedenheit der Auffassungen auf vielen Gebieten nicht nur in der politischen, sondern auch in der gewerkschaftlichen Gruppierung. Im Gegensatz zu den Konservativen werden aber Meinungsverschiedenheiten offen ausgetragen und schwelen nicht unter der Oberfläche weiter. Labour ist in der glücklichen Lage über einen Nachwuchs zu verfügen, der von heute auf morgen eingesetzt werden kann. Wenn es vor wenigen Tagen möglich war, die langjährigen Vorsitzenden der Gewerkschaftsgruppe innerhalb der Labour Fraktion durch jüngere Kräfte zu ersetzen, ohne daß es zu großen Auseinandersetzungen kam, so deutet dieser Wechsel einen Prozeß an, der sich in den Reihen Labours organisch vollzieht. Sicherlich werden auch hier einmal Flügelkämpfe einsetzen, wenn es um die Nachfolge des 71jährigen Attlee geht, die aber noch lange Zeit hat.

+ + +

Eine unzulängliche Dokumentation

(sp) Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat in Berlin in überraschender Schnelligkeit eine Sammlung der Reden und Dokumente der Vierer-Konferenz herausgebracht, die aber nach einer sorgfältigeren Durchsicht nicht als absolut zuverlässige Dokumentation bezeichnet werden kann. Vor allem verletzt die Sammlung die selbstverständliche Pflicht einer solchen Publikation des offiziellen Presseamtes der Bundesregierung, sämtliche von den vier Außenministern in Berlin gehaltenen Reden im Wortlaut zu bringen.

Eine ganze Reihe von Reden Edens und Bidaults zum Beispiel sind nur gekürzt und in indirekter Form wiedergegeben, unter anderem die Ausführungen der beiden Außenminister vom 27. Januar (Eden), vom 28. Januar (Bidault), vom 3. Februar (Eden und Bidault), vom 6. Februar (Bidault) und vom 10. Februar (Eden und Bidault). Bedauerlich ist weiter, daß in der (in der ersten, nach dem 5. Februar herausgegebenen Sammlung verzeichneten) Rede Edens von 25. Januar ein Übersetzungsfehler enthalten ist, der von britischer Seite bereits an diesem Tage offiziell berichtigt worden war (nämlich statt: "Unserer Ansicht nach müßte die gesamtdeutsche Regierung bercit sein, irgendwelche internationalen Rechte und Verpflichtungen beider Regime zu übernehmen" - richtig: "... f r e i ..."). Erst die zweite Ausgabe der Presseamts-Publikationen, die nach dem 8. Februar erschienen ist, bringt diese überaus wichtige Berichtigung auf einem beigelegten Zettel. Die dritte Ausgabe enthält die Berichtigung als Nachtrag auf der letzten Seite.

Als vorläufig drittes Monitum ist festzuhalten, daß die von Dulles am 3. Februar mitgeteilte und so bedeutungsvolle Klärung des Punktes des Eden-Planes, der sich mit der Handlungsfreiheit der gesamtdeutschen Regierung befaßt, im Text nicht wiedergegeben ist. Zwar enthält das Register des neunten Tages der Konferenz (3. Februar) den Hinweis: "Dulles schlägt vor, die Bedenken Molotows gegen die Handlungsfreiheit Deutschlands durch Änderung des Punktes 4 des Eden-Planes zu entkräften. Danach solle eine gesamtdeutsche Regierung ausdrücklich das Recht erhalten, die EWG-Verträge anzunehmen oder auch abzulehnen", dabei steht der Seitenhinweis: 137. In der im Text auf Seite 137/138 abgedruckten Rede Dulles' vom 3. Februar ist diese Erklärung nicht zu finden. Lediglich auf Seite 139 ist in der nur gekürzt und indirekt

wielergegebenen Rede Möns dieser Absatz enthalten: "Hier bemerkte der amerikanische Außenminister Dulles, daß die offensichtlichen Mißverständnisse Molotows geklärt werden könnten, wenn der betreffende Teil des Artikels 4 des Eden-Planes abgeändert würde. Dulles machte sodann den oben erwähnten Abänderungsvorschlag".

Dieser Abänderungsvorschlag von Dulles fehlt aber im Text der Reden-Sammlung des Pressesekretes der Bundesregierung vollständig. Ob die Sammlung noch weitere, ebenso schwerwiegende Fehler enthält, muß erst noch festgestellt werden.

+ + +

Im Dienste der Demokratie und der Menschlichkeit

Von Paul Löbe

Zwei mutige Frauen aus der sozialistischen Internationale gehen in den nächsten Tagen einem wichtigen Lebensabschnitt entgegen: Gabrielle Proft in Wien und Klara Kalain in Stockholm. Ihr Lebensbild sollte bei dieser Gelegenheit einem größeren Kreis der Gesinnungsfreunde vor Augen geführt werden, denn sie sind Vorbilder geworden für die heranwachsende Generation.

Gabrielle Proft, die dritte Vorsitzende der österreichischen Sozialisten entstammt dem Sudetenlande, ist am 20. Februar 1879 in Troppau geboren, hat aber die Stätte ihres Wirkens früh in die Hauptstadt Österreichs verlegt. Als Lehlerin erwarb sie ihren Lebensunterhalt, bis die politische Umwälzung in der Donaumonarchie sie zu verantwortungsvollen Funktionen führte: Von 1918-1923 in den Gemeinderat von Wien und in den Wiener Landtag, seit 1919 bis zu dem Heimwehrputsch 1934 im österreichischen Nationalrat.

Die kluge, fleißige und unermüdliche Werberin für die sozialistischen Grundsätze wurde in den Vorstand der österreichischen Partei entsandt, bis sie gemeinsam mit vielen Gesinnungsfreunden, von den Faschisten aus diesen Funktionen verstoßen, bald ins Gefängnis, bald ins sogenannte "Achttagelager" gebracht wurde. Erst im März 1945 konnte sie befreit werden, aber wenige Wochen später stand sie wieder mit an der Spitze ihrer Partei. Die jüngere Generation Österreichs kennt sie als gewandte Vorsitzende der Parteitage, wo sie mit souveräner Überlegenheit die manchmal hitzigen Debatten in ruhige Bahnen zurück-

zuföhren verstand. Das erreichte Lebensalter hat ihre Fähigkeiten nicht gemindert und an ihrem Ehrentage wird sie im Mittelpunkt der Liebe und Verehrung stehen, die sie sich erworben hat.

Wechselvoller und abenteuerlicher noch hat das Schicksal

Klara Kalnin, die jetzt in Schweden lebt, geführt. Ihre politische Laufbahn begann im alten Zarenreich, wo alle Verfolgungen - wie heute wieder - brutaler durchgeführt wurden als sonst in der Welt. Einer Verschickung nach Sibirien entging sie dabei nur, indem sie mit ihrem Manne, Paul Kalnin, aus dem fahrenden Eisenbahnzug sprang und die finnische Grenze erreichte. Als die Umwälzung von 1918-20 Litauen, Lettland und Estland für zwei Jahrzehnte frei machte von der russischen Kante, kehrten sie in ihre lettische Heimat nach Riga zurück.

Hier halten sie bei der Errichtung eines demokratischen Staatswesens, in dem Paul Kalnin als Parlamentspräsident eine Reihe von Jahren wirken konnte. Dann allerdings wiederholte sich das Schicksal von einst. Wieder stampfte das große Russenreich, diesmal unter bolschewistischem Wahrzeichen, die kleinen baltischen Länder nieder, zwang sie durch Besatzung und gefälschte Wahlen unter das Lügenpanier von Hammer und Sichel. Wieder mußte das Ehepaar flüchtend die Heimat verlassen. Paul Kalnin starb in der schwedischen Emigration. Seine Frau und sein Sohn führen das Werk des Gatten und Vaters unbeirrt durch alle Mißerfolge weiter und wir sehen die heute 80jährige, immer noch lobendige Frau als Vertreterin ihrer Partei auf den internationalen Kongressen als freudig begrüßter Gast.

+ + +

Noch immer morden die Waffen des zweiten Weltkrieges in
Deutschland !

F.v.B. Acht Jahre nach der Kapitulation sprechen in Teilen der Bundesrepublik Waffen des zweiten Weltkrieges noch immer ihre tödliche Sprache. Mit dem verheerenden Faustschlag einer vierten Munitionsexplosion innerhalb von zwei Jahren allein auf der Ostseite der Kieler Förde wird dieser fortgesetzt Menschenleben und bedeutende Sachwerte verschlingende Tatbestand überlaut hörbar. Am frühen Vormittag des 30. Januar ging auf dem Gelände der privaten Hamburger Munitionsverwertungsfirma Karl Porr in Jägersdorf /Korügen in nächster Nähe des durch sein Marine-Ehrenmal bekannten Ostseebades Laboe bei Sprengstoff-Gewinnungsarbeiten die hochbrisante 350 kg-Füllung eines Torpedokopfes in die Luft. Der Explosionsdruck wirbelte drei Arbeiter buchstäblich zu den Fenstern heraus. Nachstürzende Trümmer des wie von einer Zykloppel Faust zerfetzten zweiistöckigen, massiven (!) Stahlbetongebäudes trafen sie tödlich, begruben und verletzten noch acht weitere Betriebsangehörige, darunter vier schwer.

Damit weist die offiziell erfasste Nachkriegs-Bluternte, eingebracht durch explodierende Munition und Sprengkörper, allein in Schleswig-Holstein bis heute 330 Tote und 257 Verletzte, Verstümmelte, aus der zivilen Bevölkerung auf. Dabei können leider diese Schreckenszahlen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Versautes Land, vorsautes Meer

Schleswig-Holstein war nach dem 9. Mai 1945 und ist es zum Teil heute noch, regelrecht versautes mit Munition, Sprengkörper und Waffen aller Art. Bei Kriegsende lagerten in den Marinearsenalen, in den Heeres-Munitionsanstalten, noch erstaunlich große Mengen an Torpedos, Seeminen, Wasser- und Fliegerbomben, V1- und V2-Geschossen, Granaten, Gewehrmunition, Handgranaten, Panzerfäusten, Tretnägen, Zündern, noch nicht eingefülltem Sprengstoff und gefährlichen Chemikalien. Hinzu kamen die sehr oft noch kompletten Ausrüstungssätze an Waffen und Munition auf den in die schleswig-holsteinischen Häfen geflüchteten oder dort beheimateten Schiffe wie bei den kurz vor der Kapitulation auf der schmalen Landbrücke zwischen Ost- und Nordsee zusammengedrängten Heeresdivisionen, Luftwaffen-, SS- und Marineverbänden.

Was damals kurz vor, während und nach der Demobilisation in Chau-seogräben, Dorfteichen und Binnenseen aufatmend, aber leichtfertig weggeworfen, in Erdreich und Waldstücken unsachgemäß vergraben, in den Häfen einfach über Bord gekippt und später von der britischen Besatzungsmacht in die Ostsee versenkt wurde, geht in die zehntausende Tonnen gefährlichsten Kriegsmaterials. So befinden sich seit "jenen Tagen" in der Ostsee fünf ausgedehnte, hochexplosive "Schattabladestellen des zweiten Weltkrieges". Monatlang ließen die Briten von deutschen Schiffen mit deutscher Besatzung die an Land zusammengelesene tödliche Fracht auf den Boden der Ostsee gleiten, ohne allerdings genau den Umfang dieser wasserbedeckten Munitionslagerstätten, Art und Zahl ihres Inhaltes festzuhalten. Erhebliche Behinderung der Schifffahrt und Fischerei sind, ebenso wie die Furcht vor gewaltigen Unterwasser-Explosionen, die gegenwärtig üble Folge.

Aufräumungsarbeiten noch nicht abzusehen

Im schleswig-holsteinischen Binnenland dagegen geht eine seit 1946 aufgestellte Munitionsräumgruppe energisch der Verseuchung des Bodens mit Kriegsmaterial zu Leibe. Ein Ende dieser notwendigen, aber lebensbedrohenden Arbeit ist noch nicht abzusehen.

Seit Anfang 1946 wurden der Munitionsräumgruppe, die heute 61 "Himmelfahrtslotsen" zählt, insgesamt 7.393 Munitionsfunde gemeldet, darunter leider nur 512 Fehlanzeigen. Diese Männer haben in acht Jahren - fast in jeder Minute ihrer Tätigkeit den Tod vor Augen und dabei keineswegs glänzend bezahlt - für die Bevölkerung den ständigen Alldruck von 5.789 Großsprengkörpern, wie Wasser- und Fliegerbomben, Seeminen und Torpedos, rund vier Millionen Granaten aller Kaliber, 51.892 kg sonstige Munition, 32.479 kg Pulver, gefährliche Chemikalien und Sprengstoffe und 4.391 Stück Waffen und Artilleriegeräte, beiseite gerettet. Wieviel gerettete Menschenleben und Sachwerte in dieser trockenen Aufzählung enthalten sind, veranschaulicht die eingangs geschilderte Auswirkung der Explosion eines einzigen Torpedokopfes!

Zumindest in Schleswig-Holstein kann für die nächsten Jahre nur mit einem langsamen Absinken der Munitionsfunde gerechnet werden. Häufig Munition, seltener Bombenblindgänger, dürften immer wieder gefunden werden. Jedes Hochwasser, jede Sturmflut reißt Seeminen los, wirft sie und sonstige Explosivkörper "zusätzlich" an den Strand dieses Landes zwischen zwei Meeren.

Hunderttausende leben in Furcht

In diesem Jahr wurde endlich mit der Räumung der ausgedehnten Trümmerefelder auf Helgoland und seiner Düne begonnen. Mit der Unschädlichmachung der vorläufig noch unbekanntem Menge dieser Teufelsdinge ist der schleswig-holsteinischen Räumgruppe eine weitere Entseuchungsaufgabe gestellt worden. Zuvor muß sie jedoch mehrere hunderttausend Menschen rund um die Kieler Förde von einer aktuellen Furcht befreien.

Zur Zeit lagern im flachen Wasser dicht unter der Küste nahe der Arbeitsstätte jener oben erwähnten Hamburger Munitionsverwertungsfirma - unweit zahlreicher Ortschaften - mehr als 1000 Großsprengkörper, hauptsächlich Wasserbomben, Seeminen und Torpedoköpfe. Sogenannte "Schrottfischer" verdienen sich ihr lebensgefährliches Brot mit dem Verkauf dieser von den Munitionsversenkungsplätzen in der Ostsee heraufgehobten, durch Wassereinfluß immer explosiver werdenden Sprengkörper. Wenn man eine Füllung von 350 kg pro Stück zugrunde legt, befinden sich demnach ca. 350 Tonnen allergefährlichsten Sprengstoffes auf kleinstem Fleck in nächster Nähe menschlicher Ansiedlungen! Daß die Anwohner auf beiden Ufern der Kieler Förde in höchster Sorge und ständiger Unruhe leben, ist nur zu verständlich. Ihre kommunalen Sprecher haben nach dem vierten Sprengstoffunglück kategorisch die sofortige Einstellung aller Munitions-Gewinnungsarbeiten seitens eines privaten, natürlich verdienen wollenden Unternehmens verlangt. Unter den Druck der gestügten Bevölkerung mußte die schleswig-holsteinische Landesregierung das private Geschäft mit dem Tode verbieten. Die Entschärfung jener tausend zentnerschweren Höllemaschinen wurde der Räumgruppe übertragen.

Schleswig-Holsteins Tote und Verletzte und seine ständigen gefährlichen Funde sollten Eltern, Kindern, Erziehern und Behörden in allen Bundesländern nach wie vor Warnung zur Aufmerksamkeit und Vorsicht sein.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler